

Die Do-it-yourself-Bürger:

Der Klassenkampf der privaten Schulgründer



© Bild: 2011 FTD.de/FTD/Christian Charisius

Immer mehr Eltern sind so unzufrieden mit dem staatlichen Bildungssystem, dass sie eigene Privatschulen gründen. Dieser Schritt kostet sie viel Zeit, Nerven und vor allem Geld. von *Marion Schmidt* Hamburg

Die Moderne Schule Hamburg heißt nicht nur so, sie will auch so sein: modern. Statt in einem Altbau residiert die MSH, wie sie sich kurz nennt, in einem Bürogebäude im Hamburger Stadtteil Groß-Borstel. Die Immobilie ist zwar nicht schön, aber immerhin groß, hell und sauber. In jedem Klassenraum stehen elektronische Whiteboards und höhenverstellbare Tische auf Rädern, die sich zu schneckenförmigen Lerngruppen zusammenschieben lassen.

Wo früher eine Firma Getreideprodukte verkaufte, lernen seit einem Jahr rund 50 Schüler von der ersten Klasse an Chinesisch. Das ist bundesweit einzigartig. Ebenso wie die Regelung, Ferien on demand anzubieten, also dann, wenn Eltern sie brauchen.

Gegründet wurde die private Einrichtung vor vier Jahren von Axel Beyer, einem ausgebildeten Gymnasiallehrer, und der Unternehmerin Angela Boltze. "Wir wollten eine neue Schulkultur entwickeln", sagt Beyer, der selbst 17 Jahre lang an staatlichen Schulen Umwelterziehung gelehrt hat. Weniger Bürokratie, mehr Freiräume für Lehrer, weniger Vorschriften, mehr Leistung. "Das öffentliche System engt Lehrer und Schüler ein."



Broschüren der Moderne Schule Hamburg

Diese Erfahrung machte auch Angela Boltze in der Schule ihres Sohnes. Da gab es keine Computer und Englisch erst ab der dritten Klasse. Boltze besorgte Computer und finanzierte eine englischsprachige Studentin, doch die Schulleitung konnte sich nicht auf den Einsatz in den Klassen einigen. Als Beyer ihr von seinen Schulplänen berichtete, sagte sie sofort Unterstützung zu, obwohl sie "viel Arbeit und Geld roch", sagt sie. Genauso war es dann auch. Es sollte drei Jahre dauern, bis die Schule ihren Betrieb aufnehmen konnte, ein Gerichtsverfahren - und etwa 500.000 Euro.

Wer das alles auf sich nimmt, muss sehr engagiert sein oder sehr frustriert. Oder etwas bewegen wollen. Bei privaten Schulgründern ist es meist eine Mischung aus allem.

Teil 2: Schulgründung ist "ein hohes unternehmerisches Risiko"

Die Unzufriedenheit mit dem staatlichen System ist groß. Seitdem vor zehn Jahren die Pisa-Schulleistungsstudie erstmals die Defizite deutscher Schüler offenlegte, haben staatliche Schulen einen schlechten Ruf. Zeitgleich setzte ein Ansturm auf private Bildungseinrichtungen ein. Derzeit besuchen mehr als 700.000 Schüler eine Privatschule. Die Nachfrage nach Plätzen übersteigt bei Weitem das Angebot. Also greifen immer mehr Elterninitiativen zur Selbsthilfe.

Mittlerweile wird mehr als jede sechste freie Schule von Privatpersonen gegründet, viele mit alternativen pädagogischen Konzepten wie etwa Montessori; 2003 waren es nur zwölf Prozent. Der Verband Deutscher Privatschulen (VDP), in dem gut 400 Schulen in freier Trägerschaft organisiert sind, führt die Zunahme auf ein wachsendes Engagement von Eltern zurück, aber auch auf einen Rückzug vor allem konfessioneller Träger. Grundsätzlich darf jeder in Deutschland eine freie Schule gründen, muss dafür jedoch eine staatliche Genehmigung sowie Anerkennung haben.

Eine Schulgründung ist anders als ehrenamtliches Engagement im Schulförderverein "ein hohes unternehmerisches Risiko", sagt Florian Becker vom VDP. Der Prozess ist mit großem bürokratischen Aufwand verbunden, zieht sich nicht selten über mehrere Jahre hin und kostet obendrein sehr viel Geld. "Wir freuen uns über alle Eltern, die sich im Bildungsbereich engagieren", sagt Becker, "doch die Kultusverwaltungen machen es ihnen schwer." Verfahren werden verschleppt, finanzielle

Zuschüsse gestrichen. Der Staat stellt hohe Hürden für die Gründung privater Schulen auf - egal, ob diese von einer kirchlichen Stiftung, einem gemeinnützigen Unternehmen oder Eltern gegründet werden.

Axel Beyer weiß das. Er musste zwei Jahre lang auf die Genehmigung der Schulbehörde warten. Der erste Antrag wurde abgelehnt, weil das pädagogische Konzept nicht überzeugte, die chinesische Sprache könnte die Kinder überfordern. Er klagte gegen den Bescheid und kämpfte weiter. "Man muss einen unglaublichen Durchhaltewillen haben", sagt er.

Aus der FTD vom 11.08.2011
© 2011 Financial Times Deutschland,
